

# DEUTSCHE POLITIK

## ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM HERBST 1963

Der vorliegende Berichtsabschnitt hat mit dem Kanzlerwechsel am 15. Oktober auch formell das Ende der vierzehnjährigen Regierungsjära *Adenauer* gebracht. Die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers *Erhard* fand schon deshalb besondere Beachtung in der Öffentlichkeit, als sie durch ihren sachlichen und unpolemischen Ton stark von entsprechenden Erklärungen seines Vorgängers abstach. Hervorzuheben ist vorweg die positive Art, mit der der neue Bundeskanzler von der Notwendigkeit und verfassungsmäßigen Rolle der Opposition sprach.

Aus den durchweg sehr vorsichtigen Formulierungen zur Außenpolitik läßt sich folgern, daß Erhard sich wieder enger an die Politik *Kennedys* anlehnen wird, als Adenauer dies in der letzten Zeit zu tun gewillt war. Das zeigen auch die langen Passagen, die der neue Kanzler der europäischen und atlantischen Politik widmete. Das deutsch-französische Verhältnis kann Erhard sich offensichtlich nur als der europäischen Integration untergeordnet denken. Die Bemerkung, die einzelnen NATO-Staaten könnten sich nicht allein schützen und die Verteidigung des NATO-Territoriums sei unteilbar, war eine deutliche Absage an die von Adenauer geförderten Pläne *de Gaulles*.

Audi Erhards Einstellung zur östlichen Welt scheint von einer ruhigen, vernünftigen Beurteilung getragen, in der sich offenbar die ökonomische und handelspolitische Denkweise des früheren Bundeswirtschaftsministers vorteilhaft auswirkt. Er bekannte sich zu der Notwendigkeit, auch deutscherseits zur Beendigung des kalten Krieges beizutragen und vermied bei aller Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes unnötige Schärpen.

### *Zwei Richtungen in der CDU/CSU*

Erhards Regierungserklärung zur Außenpolitik lag auf der Linie, die bisher schon von Außenminister *Schröder* vertreten worden war. Daß es darüber in der CDU/CSU keine Einhelligkeit mehr gibt, war aus der Stellungnahme des CDU/CSU-Fraktionsführers *von Brentano* zu ersehen, der sagte, es erscheine ihm nicht ungefährlich, allzuviel und allzu häufig das Wort Entspannung in den Mund zu nehmen. Brentano mußte sich an dieser Stelle seiner Rede durch einen Zwi-

schenruf des SPD-Abgeordneten *Wehner* sagen lassen, Adenauer habe sogar erklärt, er könne das Wort Entspannung nicht mehr hören. Der sozialdemokratische Abgeordnete *Erler* fing in seiner Antwort auf die Regierungserklärung die Ansätze der Brentanoschen Polemik durch die Worte ab: „Wir können der Sowjetunion keine Lösung der deutschen Frage nach unseren Vorstellungen aufzwingen. Wir brauchen uns aber auch nicht von der Sowjetunion die Zementierung der deutschen Spaltung und die Aushöhlung der Position des freien Berlin aufnötigen zu lassen. Für den gesamten Westen besteht kein Anlaß, dem lächelnden *Chruschtschow* zu gewähren, was der drohende nicht erreichen konnte.“

### *Einsicht auch in der Innenpolitik*

Nicht so einheitlich wird man die innenpolitischen Parteien der Regierungserklärung Erhards billigen können. Zwar gibt es auch hier beachtens- und aner kennenswerte Passagen, wie etwa die: „Die Bundesregierung sieht es auch als ihre Aufgabe an, den Kontakt zu den geistig und kulturell führenden Schichten unseres Landes zu suchen und zu vertiefen. . . Dieser Dialog scheint mir besser als eine einseitige Polemik gegen die Intellektuellen zu sein.“ Das war zugleich eine Kritik an der bisherigen Einstellung der Regierung und der CDU/CSU-Führung; Erhard scheint eingesehen zu haben, wie sehr die „einseitige Politik gegen die Intellektuellen“ der Regierung Adenauer, der CDU/CSU und dem Ansehen der Bundesrepublik geschadet hat.

Anzuerkennen ist auch das Eingeständnis, daß unser Recht in manchen Teilen keine volle Harmonie in sich birgt und mit dem Gerechtigkeitssinn der Bürger nicht immer im Einklang steht. Der neue Kanzler hat aber, abgesehen von der Ankündigung, daß das längst fällige Ausführungsgesetz zum Artikel 10 des Grundgesetzes (Postgeheimnis) bald vorgelegt werde, keine weiteren Konsequenzen aus den erregenden Vorgängen der vorausgegangenen Wochen gezogen, sondern dem Prestige-Starsinn der CSU nachgegeben und den durch sein Verhalten in der Telefonabhörraffäre stark angeschlagenen Innenminister *Höcherl* auch in sein neues Kabinett übernommen.

### *Im übrigen: Maßhalten . . .*

In den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen hat Erhard auch in seiner Regierungserklärung nicht über seinen Schatten springen können, sondern wieder seine alte Aufforderung zum Maßhalten vorgebracht. Das heiße Eisen einer gerechteren Verteilung des Sozialprodukts hat er auch diesmal nicht angepackt.

„Das Bemühen um ein stabiles Preisniveau steht an der Spitze der wirtschaftspolitischen Rangordnung“, sagt er, aber *wie* er das erreichen will, war weit und breit nicht zu sehen. Der Satz klang auch reichlich pathetisch in Anbetracht dessen, daß mit Regierungshilfe gerade eine empfindliche Verteuerung der Milch und der Milchprodukte eingetreten war. Inzwischen hat Erhard aus dem Mund des Führers des immer unzufriedener werdenden Gewerkschaftsflügels der Partei, *Katzer*, im Zusammenhang mit dem koalitionsinternen Streit um das Sozialpaket die Drohung hören müssen, die Abgeordneten des Gewerkschaftsflügels würden notfalls mit den Sozialdemokraten zusammen stimmen.

Der Landwirtschaft hat Erhard zwar insofern eine deutliche Lehre erteilt, als er sagte, sie werde vor allem der Veredelungswirtschaft höhere Bedeutung als bisher beimessen müssen, wenn sie auch für die Zukunft ihr Einkommen verbessern wolle. Im weiteren Verlauf seiner Regierungserklärung hat er darauf aber das Kompromißpflaster geklebt: „Der deutsche Getreidepreis kann mit gutem Wissen vertreten werden.“

Ein „Programm der guten Vorsätze“ — mehr kann man vorerst von dieser Regierungserklärung nicht sagen. Erhard und seine Minister werden zeigen müssen, was sie in der Praxis daraus machen.

#### *Trotzdem Sympathierückgang der CDU/CSU*

Ludwig Erhard ist mit einer größeren Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt worden als Konrad Adenauer 1949 und 1961, und trotzdem hat er Grund zum Unbehagen. Zwar haben alle freidemokratischen Koalitionsgenossen bis auf einen für ihn gestimmt, aber dafür konnten sich 24 seiner eigenen Fraktionsfreunde nicht entschließen, ihn zu wählen. Hier ist zweifellos nicht nur der Ärger über die Ausbootung *Barzels* zum Ausdruck gekommen, sondern auch der außenpolitische Dualismus zwischen der Kennedy- und der de-Gaulle-Gruppe der CDU/CSU, der Streit um die Landwirtschaft und manches andere.

Erhard wurde zum Bundeskanzler gewählt einen Tag, nachdem das Meinungsbefragungsinstitut EMNID für den Monat September einen Vorsprung der Sozialdemokraten in der Publikumsgunst um vier bis fünf Prozent vor der CDU/CSU bekanntgegeben hat (34:30 bzw. 46:41). Diese Zahlen müssen auf die Unionsparteien um so alarmierender wirken, als der Streit um die Kanzlerfrage zum Zeitpunkt der Befragung schon fünf Monate lang entschieden war. Offenbar hat die CDU/CSU trotz der 62 Prozent der Bevölkerung, die nach einer Umfrage des Instituts für Demo-

skopie in Aliensbach für Erhard als Bundeskanzler sein sollen, nachhaltig an Attraktion bei der Bevölkerung verloren. Auch ist ein nahtloser Übergang von der Ära Adenauer zur Ära Erhard nicht gefunden worden.

#### *Außenpolitik auf eigene Faust*

Der im Grundgesetz nicht vorgesehene Altbundeskanzler hat sich immer mehr zum Repräsentanten einer intransigenten Pro-de-Gaulle- und Anti-Kennedy-Richtung in der CDU/CSU herausgebildet. Sein Interview mit der amerikanischen Journalistin *Marguerite Higgins*, in dem er die angeblich laue Haltung der Amerikaner im August 1961 für die Errichtung der Berliner Mauer verantwortlich macht, ist selbst seinen engsten Freunden auf die Nerven gegangen, steht es doch in einem schreienden historischen Gegensatz zu seinem eigenen Verhalten und seinen Äußerungen von damals. Mag von solchen übersteigerten Starrsinnsäußerungen eines alten Mannes dem neuen Bundeskanzler mancher unbeabsichtigte Vorteil zuwachsen, so fehlt es doch nicht an Widerständen und Reserven gegenüber Erhard in den eigenen Reihen. Sie kommen nicht nur aus der de-Gaulle-Fraktion, sondern auch aus dem katholischen Lager. Erhard ist Protestant und, was noch schwerer wiegt, im Grunde kein Unionsmann, sondern ein Liberaler. Er hat sich schon dadurch unbeliebt gemacht, daß er den sehr aktiven Katholiken *Barzel* nicht in sein Kabinett übernahm. Seine Gegner vom linken (Gewerkschafts-)Flügel der Partei wie von der „Gaulisten“-Gruppe (*Brentano*, *Krone*, *von Guttenberg*) sind vorwiegend katholisch. Eine persönliche Machtkonzentration, wie sie seinem Vorgänger Adenauer durch Personalunion von Regierungs- und Parteispitze möglich war, wird ihm, dem liberalen Protestanten, nicht gestattet werden.

Die Sachlichkeit, mit der Erhard in seiner Regierungserklärung die Opposition behandelt hat, ist ihm aus der Regierungspartei heraus von einigen verdacht worden. Schon der CDU/CSU-Sprecher von *Brentano* bemühte sich in seiner Stellungnahme um Distanzierung, indem er aus der Telefonüberwachungsaffäre und der Immunitätssache *Jahn/Merten* Zweifel an dem allgemeinen Sicherheitsinteresse der Opposition zu erwecken versuchte. Erhard selbst fühlte sich, offenbar unter dem Druck seiner Partei, veranlaßt zu erklären, die Umarmung durch die SPD sei ihm lästig.

#### *„Alter Mann macht das Volk verrückt“*

Auf die SPD ist die Haltung der CDU/CSU nicht ohne Einfluß geblieben. Auf ihrer Bun-

desfrauenkonferenz bezeichnete der stellvertretende Parteivorsitzende *Herbert Wehner* die der SPD zugeschriebene „Umarmungstaktik“ als einen „Verlegenheitsbegriff, den sich die Gegenseite sehr geschickt angeeignet hat“. In Wirklichkeit wolle die SPD nur einen solchen Streit um Dinge, den auch die Wähler mitverfolgen könnten, nicht etwa „um die kleinen Spielbällchen, die bisher der Alte geworfen hat und um die sich so viele von uns balgen mußten“. Wenn man das Verhalten der SPD Taktik nennen wolle, dann sei es die, für den künftigen Streit Verteufelung, Verketzerung und Disqualifizierung unmöglich zu machen. Zu den jüngsten außenpolitischen Erklärungen Adenauers sagte Wehner: „Dieses Volk wird ja verrückt gemacht von einem alten Mann, der nicht mehr weiß, was er seinem Rufe schuldig ist.“

Beunruhigt zeigte sich die CDU/CSU dadurch, daß der SPD-Sprecher *Erlar* in der Bundestagsdebatte die neue Regierung Erhard als „Interim“ bezeichnete und darauf hinwies, daß die im nächsten Jahr zur Neuwahl des Bundespräsidenten zusammentretende Bundesversammlung in ihrer von den Landtagen zu entscheidenden Hälfte zu 48 Prozent aus Sozialdemokraten bestehen werde. Die Regierungsfähigkeit der SPD sah Erlar in der Tatsache bestätigt, daß seine Partei die Regierungsverantwortung in der Hälfte der deutschen Länder trage und die Überhäupter der meisten deutschen Großstädte stelle.

Eine Bestätigung des Soges zugunsten der Sozialdemokraten hat gerade in den Tagen der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung die Wiederwahl des sozialdemokratischen Überbürgermeisters von Nürnberg, Dr. *Andreas Urschlechter*, gebracht, obwohl dieser im Wahlkampf heftig von der CSU wegen seiner Nebeneinnahmen aus Aufsichtsratsposten angegriffen worden war. Im Wahlkampf entfachte die CSU eine Kampagne, aus der der unbefangene Wähler den Eindruck gewinnen mußte, als hätte Urschlechter öffentliche Gelder veruntreut; eine entsprechende Flugschrift mußte von den Gerichten beschlagnahmt werden. Die Nürnberger Wählerschaft hat sich von diesen Vorwürfen offenbar nicht beeindrucken lassen. Die Wähler honorierten vielmehr die ausgezeichnete Arbeit, die der heute Vierundvierzigjährige in den letzten sechs Jahren für die fränkische Metropole geleistet hat, und verbesserten sein ohnehin schon gutes Wahlergebnis von 1957 (57,5 vH) um weitere drei Prozent. Urschlechter hat 10 000 Stimmen hinzugewonnen und erhöhte den Vorsprung vor seinen Gegnern von 35 000 auf 50 000 Stimmen. Den 142 000 Stimmen, die für ihn abgegeben wurden, konnten die beiden anderen Kandidaten zusammen nur 93 000 Stimmen entgegensetzen.

### *Absolute SPD-Mehrheit in Bremen behauptet*

Einen Monat zuvor hatten die Bremer Bürgerschaftswahlen den Sozialdemokraten im kleinsten Bundesland ihre absolute Mehrheit bestätigt. Ihre Stimmenzahl lag dabei noch um einige Tausend über der von der Bürgerschaftswahl vor vier Jahren und der Bundestagswahl vor zwei Jahren. Wenn die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion trotzdem diesmal vier Sitze weniger innehat als vor vier Jahren, so liegt das nicht an dem geringen Stimmenanteilsrückgang von 54,9 auf 54,6 Prozent, sondern daran, daß sie damals von einer starken Aufsplitterung kleiner Gruppen, denen der Sprung ins Parlament nicht gelang, in unverhältnismäßig hohem Maße profitiert hatte. Immerhin scheint die SPD in Bremen vorläufig einen gewissen Sättigungsgrad erreicht zu haben.

Bei der CDU herrschte nicht nur darüber, sondern auch über die Tatsache begreiflicher Jubel, daß sie, die Bonner Regierungs- und Bremer Oppositionspartei, ihre Bremer Stimmenzahl von 1959 verdoppeln konnte — dank dem fast völligen Zusammenbruch der übrigen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der FDP), besonders der Deutschen Partei. Freilich besagt dieses Ergebnis wenig für die jüngste Entwicklung. Vielmehr war dieser Prozeß schon bei der Bundestagswahl 1961 festzustellen. Die CDU ist bei der Bürgerschaftswahl nicht einmal ganz auf die Stimmenzahl von damals gekommen.

Eine kleine Überraschung war es, daß die Deutsche Partei, die bei der Bürgerschaftswahl 1959 fast so stark wie die CDU war, inzwischen aber vollständig zusammengebrochen war, sich bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl so weit erholt hat, daß sie allen Voraussagen zum Trotz die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und vier Abgeordnete in das Landesparlament entsenden konnte. Bremen hat auf Grund des Wahlergebnisses wieder eine SPD/FDP-Koalition.

### *Affären, Affären . . .*

Am stärksten hat im Berichtszeitraum freilich eine andere Affäre die Gemüter erregt. Schon im Frühsommer war der Öffentlichkeit durch den Landesverratsprozeß gegen *Felfe* und Genossen klargeworden, daß in den Nachrichtendiensten der Bundesrepublik alte Kämpfer, ehemalige SS- und SD-Männer, beschäftigt werden, die wegen ihrer NS-Belastung ernsthafte Sicherheitsrisiken darstellen. Waren doch *Felfe* und seine Freunde unter Druck von sowjetischen und sowjetzonalen Nachrichtendiensten verpflichtet worden, noch

ehe sie in die Dienste entsprechender bundesrepublikanischer Organisationen traten und sich dort als Spione betätigten.

Der eigentliche Paukenschlag aber erfolgte, als *Die Zeit* Anfang September berichtete, Beamte des Verfassungsschutzes, und zwar vorwiegend ehemalige SS-Hauptsturmführer aus dem Reichssicherheitshauptamt, verletzten ständig das Post- und Fernmeldegeheimnis, indem sie von den dazu auf Grund der Überleitungsverträge berechtigten alliierten Dienststellen Telefongespräche überwachen ließen und die auf diese Art erlangten Bänder auswerteten. Bei der Nachprüfung dieses Komplexes hat der Bundesinnenminister eine Rolle gespielt, wie man sie kaum für möglich halten sollte. Zunächst erklärte er, er würde, wenn sich diese Behauptungen bewahrheiten sollten, die Schuldigen „rausschmeißen“. Wenige Tage später aber, nach einer Konferenz mit den zuständigen hohen Beamten, gab *Höcherl* die Bemerkung von sich, die Beamten des Verfassungsschutzes könnten bei der Bekämpfung des politischen Verbrechertums nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen.

#### *Dinge, die sich nicht fürs Volk eignen*

Die Tatsache, daß jahrelang Telefongespräche ohne gesetzliche Grundlage im Auftrage des Verfassungsschutzes abgehört und ausgewertet wurden, ist allein schon erregend genug. Die Verfassungswirklichkeit wird meines Erachtens aber noch schlimmer durch die nach Bekanntgeben dieser Tatsache einsetzenden Vertuschungs- und Bagatellisierungsversuche gekennzeichnet. Der bayerische Innenminister *Junker* scheute sich nicht, der Polizeistaatsmentalität offen mit den Worten Ausdruck zu verleihen: „Man soll endlich damit aufhören, Dinge, die sich nicht dazu eignen, in der ganzen Bevölkerung zu diskutieren. Man soll es denen überlassen, die dafür die Verantwortung tragen.“ Er fügte noch hinzu: „Wenn die Nachrichtensammlung des Verfassungsschutzes (NB in der bisherigen Weise! verboten wird, dann stelle ich meinen Posten zur Verfügung.“ Leider hat er es nicht getan.

Es wurde auch der Versuch unternommen, der Opposition aus ihrem Aufbegehren gegen die Verletzungen des Fernsprech- und Postgeheimnisses den Vorwurf zu machen, sie habe kein Verständnis für die Sicherheit der Bundesrepublik. Auch wurde ihr unterstellt, sie habe sich der Affäre nur deshalb angenommen, um nach dem Verteidigungsminister *Strauß* jetzt auch den Innenminister *Höcherl* abzuschießen.

*Höcherl* selbst unternahm es, die Sache auf das Skandalgleis zu schieben, und leitete einen Artikel, der die Personalpolitik und die Prak-

tiken des Verfassungsschutzamtes verteidigen sollte, mit einem Zitat aus dem *Lord-Dennings-Report* (Keeler-Affäre) ein: „Skandalinformationen über wohlbekanntere Leute sind zur marktgängigen Ware geworden. Wahr oder falsch, den Tatsachen entsprechend oder erfunden — man kann sie verkaufen. Je größer der Skandal, um so höher steigt der Preis.“ Als schließlich trotz allem die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestages beschlossen wurde und der um die Aufklärung der Affäre verdiente sozialdemokratische Abgeordnete *Schmidt-Vockenhausen* zum Vorsitzenden des Ausschusses bestellt wurde, drohte der Informationschef der CDU dem Abgeordneten, er werde ständig darauf achten müssen, daß er bei den Untersuchungen selbst den § 99 des Strafgesetzbuches (Verrat eines Staatsgeheimnisses) nicht verletze. Minister *Höcherl* hat dem Untersuchungsausschuß zwar seine Unterstützung zugesagt und seine Beamten aufgefordert, diesem wahrheitsgetreu Auskunft zu geben, er hat aber gleichzeitig erkennen lassen, daß er den Ausschuß für überflüssig halte, und zur Untersuchung der Angelegenheit von sich aus einen im Ruhestand befindlichen hohen Richter eingesetzt.

#### *Skandal um Panorama*

Der Telefonabhörraffäre hat sich auch die zeitkritische Fernsehsendung „Panorama“ des Norddeutschen Rundfunks angenommen. Dabei passierte dem nach der Nichterneuerung des *Paczensky*-Vertrages zum neuen Leiter der Redaktion ernannten Dr. *Wocker* die Panne, daß er im Vertrauen auf die Informationen eines Bundestagsabgeordneten und ohne sich ausreichend durch Rückfrage beim Bundestagspräsidium zu decken, die Behauptung aufstellte, in der Telefonzentrale des Bundestages seien jahrelang Telefongespräche der Abgeordneten abgehört worden. Ein Zusammentreffen von verschiedenen Verdachtsmomenten hatte bei den Fernsehleuten offensichtlich zu falschen Schlüssen geführt.

Im Zusammenhang mit der ganzen Affäre der Telefonüberwachung spielte diese Falschinformation eine untergeordnete Rolle, zumal sie, auf die Intervention des Bundestagspräsidenten hin, umgehend vom Deutschen Fernsehen richtiggestellt wurde. Auch ist nicht einzusehen, wieso die Würde des Bundestages oder die Ehre der Volksvertretung durch diese falsche Behauptung verletzt worden sein soll. Für den in schwere Bedrängnis geratenen Bundesinnenminister aber und für seine Parteifreunde war dies die vom Himmel geschickte Ablenkung von der Hauptsache. Der eigentliche Schuldige, Dr. *Wocker*, kam noch relativ gut dabei weg, hatte er doch ohnehin bereits

einige Tage zuvor mit der Intendanz des NDR vereinbart, daß er auf seinen Londoner Posten zurückkehre. Schlimmer getroffen wurde sein Dienstvorgesetzter, der Hauptabteilungsleiter *Rüdiger Proske*, der seines Postens enthoben wurde.

### *Die verhaßte Kritik*

Hauptwortführer der Kritik gegen Proske und „Panorama“ war der CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer *Rasner*. Daß es ihm, der selbst früher Journalist war, und seinen Freunden nicht um die Ahndung eines journalistischen Fehlers, sondern darum ging, die verhaßte zeitkritische Sendung „Panorama“ zu treffen und das vor einem Jahr aufgestellte Ziel — die Entfernung der Redakteure Paczensky und Proske — zu erreichen, ist jedem Eingeweihten klar. Durch das bezeichnende Wort von der „Hamburger Kumpaneie“, das nach der betreffenden Fraktionssitzung von Herrn Rasner kolportiert und mit dem eine Art Verschwörung von NDR-Fernsehen,

*Spiegel*, *Stern*- und *Zeit*-Redaktion konstruiert wurde, zeigt den Haß der Urheber auf alle kritischen und nonkonformistischen Journalisten.

Antipathiekomplexe gegen die Presse kamen leider auch auf dem *11. Deutschen Richtertag* in Kassel zum Ausbruch, der vom 1. Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes gleich mit heftigen verallgemeinernden Angriffen auf Presse, Rundfunk und Fernsehen eröffnet wurde. Als das Fernsehen den Saal für Aufnahmen ausleuchten wollte, erschollen Rufe „Licht aus!“, und einer der Teilnehmer riß gar das Kabel heraus, worauf das Fernseheteam den Saal verließ. Es soll nicht verschwiegen werden, daß nur ein Teil der Teilnehmer sich so aufführte. Der Bundesrichter *Sarstedt* setzte dem „Licht aus!“ in seinem Referat unter großem Beifall symbolisch ein „Licht an!“ (im Verhältnis zur Presse) entgegen und formulierte den Satz: „Die Freiheit der Presse und die Unabhängigkeit der Richter entspringen dem Prinzip der ungeteilten Freiheit in der Demokratie.“

*Dr. Hans Henrich*